

29. III. 1919

137

29

Gegen die Wohnungsnot.

Die Tätigkeit des Wohnungsverbands Groß-Berlin.

Stadtbaurat Deuster äußerte sich zu der Frage der Wohnungsnot in Groß-Berlin Freitag vormittag in einer Pressediskussion in nachstehenden Ausführungen:

Die täglich steigende Nachfrage nach Kleinwohnungen wird durch einen fortdauernden Zuzug nach Groß-Berlin bedingt, vor dem allen Ernstes gewarnt werden muß. Hier liegen die Verhältnisse so, daß zum ersten April mit einer allgemeinen Obdachlosigkeit gerechnet werden muß.

Dringliche Maßnahmen dagegen werden ohne Säumen ergriffen. 3000 Notwohnungen sind schon fertig gestellt; 6000 bis 7000 hofft man in Eile bereiten zu können. Auch soll in Kasernen Unterkunft geschaffen werden. Leider zeigt der „A. und S. Rat“ dafür aber kein reelles Verständnis und macht große Schwierigkeiten.

18 Millionen Mark für Notwohnungen sind in diesem Jahre bereits aufgewendet worden. Die verbleibenden 74 Millionen Mark sollen für Dauerwohnungen aufgebraucht werden; man dachte ursprünglich dafür 5000 Wohnbauten erstellen zu können.

Mangel an Kohle, an Baumaterial und Transportmitteln hindern die allgemeine Bautätigkeit; weitere Lohnforderungen stellen sie unter Umständen ganz in Frage. Eine Zweifelhohnwohnung mit Küche konnte früher um 7000 M. erstellt werden, heute aber nicht unter 20 000 M.

Die Bauwirtschaft ist Zuschußwirtschaft, und ein Mehr an Arbeitslohn muß mithin aus öffentlichen Kassen bestritten werden. Die Kassen sind heute aber meistens leer. So sind der Tätigkeit des Wohnungsverbands enge Grenzen gezogen. Anträge auf Subvention eines Projekts gehen im Ueberflusse ein. Von 25 000 Anträgen können schon heute allerhöchstens 4000 berücksichtigt werden. Weitere Anträge erübrigen sich mithin. Die bisherigen Bauvorhaben erfahren nun eine Steigerung von 25 v. H., wo nicht wiederum Neuverhandlungen eintreten und eine Verzögerung eintritt. Das wird wieder zur Kritik Veranlassung geben.

Im allgemeinen werden Flachbauten den Hochbauten vorgezogen. Ein interessantes Projekt des Ausbaus ist am Ringbahnhof Gesundbrunnen durchgeführt. Im übrigen müssen sich die Bauvorhaben aus kommunalpolitischen Rücksichten auf 50 bis 60 Häuser zumeist beschränken. Mancherlei Schwierigkeiten stellen sich der Neubauordnung seitens der Unternehmer entgegen.

Diese und weitere mehr sachtechnische Ausführungen gaben schließlich noch Anlaß zu einem regen Meinungsaustausch.

R. M. S.